

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Alexander König

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Gerd Mannes

Abg. Albert Duin

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Annette Karl

Abg. Sandro Kirchner

Staatssekretär Roland Weigert

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gemäß § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Damit in Bayern das Licht an bleibt: Vollgas bei der Energiewende, Bremsen bei Windkraft lösen, Energiepreise senken."

Sie kennen das Prozedere mit den fünf Minuten. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im nächsten Jahr werden die letzten bayerischen Atomkraftwerke endgültig abgeschaltet, und das ist gut. Aber dann fehlen rund drei Gigawatt an Leistung in der Stromproduktion. Eine Stromlücke droht. Gleichzeitig steigen die Energiepreise, vor allem von fossilen Energieträgern. Die bayerische Wirtschaft und die Gewerkschaften warnen seit Jahren vor dieser Situation und sehen die Versorgungssicherheit im Freistaat gefährdet. Leider ist die Söder/Aiwanger-Regierung offensichtlich unfähig, dieses große Problem wirklich anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

CSU und FREIE WÄHLER blockieren gemeinsam den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die CSU hat die Windenergie mit ihrem absurden Windkraftstopp – 10 H – komplett ausgebremst. Während in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr über 90 neue Windräder gebaut wurden, unter Herrn Laschet, im kleinen Brandenburg 70 neue Windräder, waren es im Freistaat nur 8 Stück, und das ist beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Die FREIEN WÄHLER mit dem zuständigen Wirtschaftsminister lehnen die Stromleitungen ab, die wir für den dringend benötigten Windstrom aus dem Norden brauchen, und sie lehnen die Photovoltaikpflicht für Neubauten ab. So gefährdet diese Koalition die Versorgungssicherheit in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Sie treiben damit auch die Energiepreise weiter in die Höhe, weil Sie die günstigste Form der Stromerzeugung, Onshore-Windkraft, blockieren. So schadet diese Koalition Bayern. Sie gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit, und Sie sind mit dafür verantwortlich, dass die Menschen immer höhere Strompreise zahlen müssen.

Vor allem aber werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber unseren Kindern nicht gerecht; denn ohne Windkraft kann die Energiewende nicht funktionieren, und ohne Energiewende scheitert der Klimaschutz.

Bayern ist in Wahrheit ein "Scheinriese" bei den erneuerbaren Energien. Je genauer man hinschaut, desto deutlicher sieht man, wie schlecht es um die Zukunftsfähigkeit und eine sichere Energieversorgung unter Söder und Aiwanger in Wahrheit bestellt ist.

(Beifall bei der SPD)

Relevant für ein objektives Urteil sind übrigens nicht die absoluten Zahlen zur Wasserkraft, die wir ja schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts nutzen, und zur Photovoltaik. Bayern mit seiner starken Wirtschaft ist nämlich einer der großen Verbraucher in Deutschland, liegt aber nur im Mittelfeld, wenn es darum geht, seinen eigenen Bedarf aus eigener Erzeugung erneuerbarer Energien zu decken.

Nur rund die Hälfte des Strombedarfs kommt im Freistaat aus eigenen erneuerbaren Energien. Die Stromquote der erneuerbaren Energien betrug 2018 gerade einmal 46 %. Damit hinkt der Freistaat hinter anderen Bundesländern her, ist weit abgeschlagen hinter den Windländern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder auch Brandenburg.

Was kommt von Herrn Söder und Herrn Aiwanger? – Nur Ankündigungen und leere Versprechungen. Herr Aiwanger vervielfacht zum Beispiel in seinen Sonntagsreden die von Herrn Söder bereits 2019 nur angekündigten und nie gebauten Windräder im Wald. Ihre Energiepolitik, meine Herren, ist nur viel Lärm um nichts.

(Beifall bei der SPD)

Das ist verantwortungslos. Wir werden das im Interesse der Menschen in Bayern und der Wirtschaft und im Interesse unserer Kinder nicht hinnehmen. Wir wollen, dass die Versorgung mit sauberer, klimaneutraler Energie gesichert ist und die Lichter nicht ausgehen, dass Strom bezahlbar bleibt und klimafreundlich erzeugt wird.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen und genau deswegen werden wir jetzt in Berlin das machen, was Sie in München nicht schaffen. Wir werden den Ausbau der Windkraft und überhaupt der erneuerbaren Energien massiv beschleunigen. Wir werden 2 % der Landesfläche für die Windkraft zur Verfügung stellen. Wir werden alle geeigneten Dachflächen in Deutschland, auch in Bayern, für Photovoltaik nutzen. Wir werden außerdem die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis beenden und damit die Menschen bei den Stromkosten massiv entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen also genau das, was notwendig ist und was mit Ihnen nicht möglich war und nicht möglich ist.

Zum Schluss verspreche ich Ihnen noch eines: Wir werden nicht zuschauen, wie Sie in Bayern die Windkraft weiterhin verfassungswidrig ausbremsen und blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Das torpediert den Klimaschutz und schadet zukünftigen Generationen, und das verletzt die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Klimabeschluss vom 24. März dieses Jahres formuliert hat. Deswegen werden Kollegin Annette Karl und ich heute vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine Popularklage gegen Ihre verantwortungslose und unsinnige 10-H-Regelung unter Bezug auf dieses Urteil einreichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden nicht zusehen, wie Klimaschutzversager die Zukunftschancen der Menschen, unserer Kinder und des Freistaats ruinieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Alexander König das Wort, der für die CSU-Fraktion zehn Minuten spricht.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat das Thema gewählt: "Damit in Bayern das Licht an bleibt: Vollgas bei der Energiewende, Bremsen bei Windkraft lösen, Energiepreise senken". Herr von Brunn, wir haben letzte Woche schon darüber gesprochen, dass Sie bei der SPD-Fraktion dafür stehen, besonders viel Wind zu machen. Das passt gut ins Bild.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings bedeutet die Formulierung des heutigen Themas schon eine Eskalationsstufe; denn Sie arbeiten jetzt mittlerweile auch mit Angst.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sagen "Damit in Bayern das Licht an bleibt", suggerieren Sie nämlich, es würde die Gefahr bestehen, dass das Licht ausgeht. Wir alle wissen, dass damit ein sogenannter Blackout gemeint ist, bei dem das Licht nicht schnell einmal ausgeknipst und dann gleich wieder angeknipst wird. Mit Blackout ist eine Katastrophe gemeint, wie wir sie in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg Gott sei Dank nicht erleben mussten. Ein Blackout würde also bedeuten, dass die gesamte Gesellschaft, jedes wirtschaftliche und private Leben zum Stillstand käme, und zwar nicht über Stunden, sondern über Tage. Wahrscheinlich würden viele Menschen sterben. Vielen Menschen könnte nicht geholfen werden; Mobilität würde es nicht mehr geben; Kommunikation

würde nicht mehr stattfinden; es gäbe kein Wirtschaftsleben mehr. Bei Ihnen zu Hause ginge auch überhaupt nichts mehr.

Ein solches Horrorszenario als Möglichkeit in den Raum zu stellen, zu sagen, wir seien dafür verantwortlich, dass diese Gefahr drohe, ist ein unverantwortlicher Politikstil, der mit Angst arbeitet, der weit über den vielen Wind hinausgeht, den Sie letzte Woche hier schon ausgelöst haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, ich gehe davon aus, dass Sie persönlich genauso wenig wie ich die Versorgungssicherheit beurteilen können. Ich glaube aber, Sie wären genauso wie ich gut beraten, sich diesbezüglich auf die Fachleute zu verlassen, auf die entsprechenden Fachbehörden auf Bundesebene und auf Landesebene, und sich sagen zu lassen, dass es dazu bisher nicht kam, weil man Maßnahmen getroffen hat, um das Stromnetz stabil zu halten, und dass auch weiterhin alles getan wird, um diese Stabilität zu gewährleisten.

Dies tut insbesondere auch die Bayerische Staatsregierung, die sich zum Beispiel dafür eingesetzt hat, dass sogenannte besondere netztechnische Betriebsmittel, also auf Deutsch: Notfallgaskraftwerke, mit einem Leistungsumfang von insgesamt 1,2 Gigawatt errichtet werden sollen. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung im Juli gesagt, dass wir auch die Genehmigungsprozesse für diese Notfallgaskraftwerke beschleunigen müssen, dass die Personalausstattung der Genehmigungsbehörden – für diese sind wir zuständig – ausgebaut werden muss. Wir tun das, was möglich ist. Am Ende ist es die Pflicht auch der Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass es entsprechende Anreize gibt, damit diese Gaskraftwerke tatsächlich gebaut werden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet werden, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass wir noch mehr Stromimporte haben werden. Umso mehr müssen wir – ich bin dem Wirtschaftsministerium für diese Formulierung sehr dankbar; das habe ich beim Wirtschaftsministerium gelesen – diejenigen Übertragungsnetzausbauvorhaben, die vom Bundesgesetzgeber als unabdingbar eingestuft wurden, planmäßig realisieren. Genauso ist es. Ich freue mich sehr, dies vom Wirtschaftsministerium zu lesen, da ich fest davon ausgehe, dass dies nicht nur die fachliche Meinung des Wirtschaftsministeriums ist, sondern dass dies auch die politische Meinung, also die Meinung der Führung des Wirtschaftsministeriums ist, dass die Übertragungsnetzausbauvorhaben, die vom Bundesgesetzgeber als erforderlich angesehen und in Gesetze geschrieben wurden, tatsächlich realisiert werden müssen.

Ich kann an jene Kolleginnen und Kollegen, die in populistischer Weise dazu neigen, draußen herumzulaufen, sich in Dörfern hinzustellen und immer wieder zu sagen: Die Leitung brauchen wir überhaupt nicht; ich werde mit euch darum kämpfen, dass es dazu nicht kommt –, nur appellieren, diesen Unsinn zu lassen und auf das Wirtschaftsministerium zu hören, das klipp und klar sagt: Wir brauchen diese Ausbauvorhaben.

Zu Punkt 2, Ausbau der erneuerbaren Energien. Herr von Brunn, wir sind beim Ausbau der erneuerbaren Energien gut dabei. Im Jahr 2020 haben wir die zu installierende Stromleistung in Bayern um immerhin 1,3 Terawattstunden auf nunmehr über 40 Terawattstunden erhöht. 53 % des erzeugten Stroms stammen aus regenerativen Energieträgern, wobei man ehrlicherweise dazu sagen muss, dass dies die Bruttostromerzeugung, nicht die Stromversorgung ist. Dies ist aber immerhin ein gewaltiger Fortschritt.

Unbestritten ist, dass wir, wenn wir die Klimaneutralität zu den anvisierten Zeitpunkten – wir haben im Laufe der Monate eine inflationäre Veränderung der Ziele erlebt – erreichen wollen, alles dafür tun müssen, um die erneuerbaren Energieträger weiter auszubauen. Wir in Bayern sind diesbezüglich auch erfolgreich. Dies sagt auch der Bericht des Bund-Länder-Kooperationsausschusses, der uns attestiert hat, dass wir in

Bayern Ende 2020 bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien eine Menge von 19.904 Megawatt erreicht haben. Zum Vergleich: Niedersachsen hat mit 18.726 Megawatt weniger, Nordrhein-Westfalen hat 13.036 Megawatt. Weil Sie hier vom "Scheinriesen" Bayern sprechen, möchte ich noch den grünen Zwerg Baden-Württemberg ansprechen: Baden-Württemberg hat 9.467 Megawatt. Wir sind im Vergleich der Länder also sehr, sehr gut unterwegs.

Wir sind das Sonnenland; das wissen wir. Wir sind beim Ausbau der Solarenergie bundesweit führend. Wir haben mit Programmen wie zum Beispiel dem PV-Speicher-Programm dazu beigetragen; über 60.000 Anträge wurden gestellt. Mittlerweile wurden bereits über 400.000 Kilowattstunden Batteriespeicherkapazität installiert. Wir haben in Bayern zudem ermöglicht, dass 200 PV-Freiflächenanlagen im Jahr in sogenannten benachteiligten Gebieten errichtet werden können. Somit ist es kein Zufall, dass über 50 % des Ausschreibungsvolumens der Photovoltaik in Bayern erfolgen. Anderswo – das haben Sie richtig ausgeführt – weht der Wind in einem anderen Ausmaß als bei uns. Es ist nicht verwunderlich, dass wir beim Ausbau von Photovoltaik vorne liegen, weil bei uns die Sonne scheint. Die Windenergie hat bei uns einen geringeren Anteil. Der Anteil der Energie aus Photovoltaik beträgt bei uns über 17 %, aus Wasserkraft über 16 %, aus Biomasse über 12 % und aus Windkraft 6 %.

Natürlich müssen wir weiter voranschreiten. Wir machen auch Fortschritte. In Bayern verfügen wir über 1.100 Windräder. Wir sind mit einer Leistung von zweieinhalb Gigawatt am Netz. Wir wollen die Windenergie weiter ausbauen. Dafür sorgen wir zum Beispiel mit der Bayerischen Windenergieoffensive des Wirtschaftsministeriums. Diese muss ich im Einzelnen nicht beschreiben, weil Sie sie kennen. Wir haben darüber nachgedacht und denken darüber nach, wie wir diesen Ausbau weiter voranbringen können.

Zu den Ideen über 10 H will ich Ihnen noch einmal eindeutig sagen: Wir stehen zu 10 H, weil wir die Windenergie gemeinsam mit den Bürgern ausbauen wollen und nicht gegen die Bürger. Ein Repowering durch die Reduzierung der Abstandsflächen

ist schon deshalb unrealistisch, weil uns das Ministerium mitgeteilt hat, dass die EEG-Förderung von über 1.000 der insgesamt 1.100 Windkraftanlagen erst in über 10 Jahren, in den Jahren 2031 bis 2037, ausläuft. Schwerpunkt wird das Jahr 2034 sein. Solange die Anlagen nicht aus der Förderung fallen, werden sie auch nicht repowert. Ein anderer Abstand wird nichts nutzen.

Sie haben die Idee, im Wald Windräder zu errichten. In diesem Zusammenhang sprechen Sie vom Verfassungsgericht. Ich warne dringend davor, den Wald nach dem Eigentum zu kategorisieren. Wenn Sie einen Blick ins Waldgesetz werfen, werden Sie feststellen, dass der Wald nach dem Schutzwert und nicht nach dem Besitzer definiert wird. Von daher ist es ein völlig falscher Ansatz, nur im Staatswald oder in einem anderen Wald Windräder zu errichten.

Ich stimme mit dem einen oder anderen von den GRÜNEN beim Thema Vorranggebiete überein. An dieser Stelle besteht noch Luft nach oben. Die Regionalen Planungsverbände sind gefordert, mehr zu tun. Über die vorbelasteten Gebiete müssen wir wirklich noch einmal diskutieren. Was sind vorbelastete Gebiete? Sind das Autobahnen in Nordbayern, Bahnlinien in Schwaben oder Schifffahrtswege auf oberbayerischen Seen? Wo sind vorbelastete Gebiete, in die man Windräder stellen kann? – Davon bin ich noch nicht überzeugt.

Insgesamt sind wir jedoch hervorragend unterwegs. Wir tun das, was wir als Land tun können.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, einen Satz noch zum Punkt Bezahlbarkeit: Im Hinblick auf die Bezahlbarkeit ist vor allem der Bund gefordert. Nichts drückt die Menschen mehr als die Steuerlast auf die Energiepreise. Diese steigt sprunghaft. Wenn Sie auf Bundesebene die Regierung bilden, können Sie dafür sorgen, dass die Steuerlast endlich auf den europäischen Durchschnitt reduziert wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das ist ein sehr langer Satz. – Als Nächster spricht Herr Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege König, es gibt nur eine Partei in diesem Land, die seit Jahrzehnten die Angst vor einem Blackout geschürt hat. Das ist die CSU – beim ersten Atomausstieg und beim zweiten Atomausstieg. Sie haben sich nicht getraut, eine Energiewende aufs Gleis zu setzen, die auf Wind und Sonne beruht und damit unsere Lebensgrundlagen wirklich schützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben gemeinsam mit der SPD vor über zwanzig Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz aufs Gleis gesetzt. Damit haben wir uns von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreit. Damals haben wir alle Formen der sauberen Energie auf die gleiche Startlinie gesetzt: Wind, Sonne, Biomasse, Wasserkraft und Tiefengeothermie. Zwanzig Jahre später müssen wir feststellen, dass wir beim Wettrennen der sauberen Energien nur zwei Gewinner haben: Wind und Sonne. Diese sind wirklich unbegrenzt verfügbar, und die Kosten sind nach unten gegangen. Das haben wir in diesem Ausmaß kaum erwartet. Die Entwicklerinnen und Entwickler und Ingenieurinnen und Ingenieure haben uns genau das geliefert, was wir haben wollten. Der Strom aus Wind und Sonne ist günstiger geworden. Das haben wir jetzt. Wir können stolz und dankbar dafür sein, dass diese Anlagen verfügbar sind. Wenn Windstrom so günstig ist wie nie, steigt diese Staatsregierung aus der Nutzung der Windkraft in Bayern aus. Das kann man nicht verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie blockieren ideologisch verbohrt – das muss man so deutlich sagen – seit fast sieben Jahren den Ausbau der Windkraft in Bayern. Das machen Sie mit Ihrem Wind-

kraft-Verhinderungsgesetz. Sie brauchen sich gar nicht hier hinzustellen und zu loben, wie gut Bayern dasteht. Es ist richtig, beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich waren wir einmal auf Platz eins. Wir sind zurückgefallen auf Platz sieben als größtes Flächenland und das Bundesland, das die besten Möglichkeiten hat, weil die Fläche vorhanden ist. Sie möchten der Windkraft in Bayern keine Heimat geben. Das ist dreifach falsch:

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist falsch im Hinblick auf den Klimaschutz. Ohne ausreichenden sauberen Strom aus Wind und Sonne wird Klimaschutz nicht gelingen. Grünen Wasserstoff gibt es nur mit grünem Strom.

Das ist im Hinblick auf die Versorgung falsch. Gott sei Dank schalten wir im Süden die Atomkraftwerke ab und müssen die Erzeugung erneuerbarer Energien steigern. Windkraft und Sonnenstrom ergänzen sich. Das ist kein "oder", sondern ein "und". Das muss zusammen gedacht werden.

Außerdem ist das volkswirtschaftlich totaler Nonsens. Bereits jetzt weiß man schon, dass die Stromgewinnung aus Wind und Sonne die günstigste ist. Das ist unstrittig. Man muss sich nur einmal die Börsenpreise anschauen. Sobald Wind mehr Angebote liefert, gehen die Preise nach unten. Wären jetzt mehr Windkraftanlagen installiert, hätten wir bei weniger Wind auch mehr sauberen Strom im Angebot. Die Preise würden runtergehen. Wind- und Sonnenkraft sind somit die Garanten für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten den Klimaschutz ernst nehmen, die Versorgungssicherheit stärken und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern endlich reduzieren. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie diesen Weg, der Wertschöpfung in unsere Regionen bringt, nicht gehen wollen. Das kann unser Land doch. Wir müssen nur die Weichen endlich an-

ders stellen. Sie berauben die Menschen in Bayern der Chance, dass in Bayern das Energiesystem der Zukunft entstehen kann – mit all seinen Vorteilen. Wir brauchen Strom aus der Region für die Region. Das können wir packen. Das alles bremsen Sie seit über sieben Jahren. Sie stellen sich hin und sagen: Berlin soll das Problem des hohen Strompreises lösen. – Berlin sollte an dieser Stelle deutlich sagen: Bayern muss einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. – Das sind wir unserem eigenen Land und unseren Kindern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um das zu erreichen und das Ruder wirklich rumzureißen, brauchen wir 2 % Vorranggebiete für die Windkraft in Bayern. Diese brauchen wir für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin felsenfest davon überzeugt, unsere Kinder werden uns nie vorhalten, wir hätten zu viele Windkraftanlagen gebaut. Eines Tages werden sie uns verzweifelt in die Augen schauen und einfach nur fragen: Warum habt ihr nicht mehr getan, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, als ihr das noch konntet? – In diesem Sinne bitte ich Sie, endlich Ihre Haltung zur Windkraft zu überdenken und der Windkraft in Bayern eine Heimat zu geben. Das braucht unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Rainer Ludwig das Wort, der auch zehn Minuten spricht.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Neben Corona gibt es aktuell nur ein Thema, das die Menschen ähnlich bewegt, nämlich die Kostenexplosion bei Energie und Strom. Die Preise sind in den letzten Wochen und Monaten in der Tat rasant auf immer neue Rekordstände gestiegen. Allen voran stehen fossile Energieträger wie Gas und Öl sowie die Kraftstoffpreise. Aber auch die Strompreise gehen durch die Decke. Deutschland hat die höchsten Strompreise in Europa und mitunter weltweit. Meine Damen und Herren, die Preisspi-

rale dreht sich kräftig weiter, nicht zuletzt wegen der gestiegenen Nachfrage und des zunehmenden Strombedarfs durch die fortschreitende Elektrifizierung in den Sektoren Verkehr und Wärme. Ein zusätzlicher Faktor ist die CO₂-Bepreisung, die ab 2022 in eine neue Runde geht. Infolgedessen ist die Inflationsrate auf 4,5 % geklettert – Tendenz weiter steigend.

Meine Damen und Herren, dieser Preisschock, dies alles bereitet uns große Sorgen. Hauptsächlich Preistreiber sind dabei die staatlich induzierten Preisbestandteile: die EEG-Umlage und die Stromsteuer, die gemeinsam mit den Netzentgelten rund 75 % des Strompreises ausmachen. Dafür, meine Damen und Herren, sind Sie in Berlin mitverantwortlich!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit dem heutigen Vorschlag für eine Aktuelle Stunde aber rennen Sie, Kolleginnen und Kollegen, bei uns offene Türen ein, fast analog zu einem Antrag, den wir hier vor zwei Wochen behandelt haben. Von Ihnen kommt immer die gleiche Leier, Herr von Brunn. Ich bin gespannt, was Sie uns in Berlin liefern werden, was Ihren vollmundigen Ankündigungen folgt, Herr Hartmann, Herr von Brunn.

(Zurufe)

Die Forderung und Maxime von uns FREIEN WÄHLERN war schon immer: Energieversorgung muss nicht nur sicher, umwelt- und klimafreundlich, sondern auch sozial verträglich und bezahlbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt für unsere Bürgerinnen und Bürger, das gilt für unsere Wirtschaft, für den Mittelstand und insbesondere für die energieintensive Industrie. Unser Plädoyer lautet, Kosten dauerhaft zu senken, damit unsere Unternehmen auch international wettbewerbsfähig und unabhängig bleiben. Dazu brauchen und fordern wir vehement einen internationalen Industriestrompreis. Wir wollen nicht, dass unsere Unternehmen aus

Bayern oder Deutschland ins Ausland verdrängt werden. Standortnachteile wegen der vergleichsweise hohen Strompreise gilt es auszugleichen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens des Bundes und der EU.

Im Sinne aller genannten Akteure fordern wir erstens die Senkung der Stromsteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestniveau.

Zweitens fordern wir so schnell wie möglich die Abschaffung der EEG-Umlage.

Drittens ist die Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe eine Option.

Meine Damen und Herren, eine zukünftige Bundesregierung ist in der Verantwortung, auch die nationale CO₂-Bepreisung nicht weiter zu erhöhen. Wir müssen gemeinsam die Pariser Klimaziele erreichen.

(Zuruf)

Das neue Klimaschutzgesetz markiert hierfür die Leitplanken. Die erneuerbaren Energien sind der Schlüssel dazu. Wir FREIEN WÄHLER setzen hierbei schon immer auf einen flächendeckenden, technologieoffenen, kraftvollen Mix aus erneuerbaren Energien.

Ich darf aber bemerken, dass in keinem anderen Bundesland, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, mehr Leistung zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien installiert ist als hier bei uns in Bayern. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stieg 2020 um 1,3 Terawattstunden auf nunmehr 40 Terawattstunden. Damit wurden in Bayern im Jahr 2020 bereits rund 53 % des Stroms aus regenerativen Quellen erzeugt. Trotzdem drücken wir aufs Tempo. Wir arbeiten mit Hochdruck. Unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat bereits mit dem Bayerischen Aktionsprogramm Energie ein entscheidendes Kapitel der Energiewende aufgeschlagen. Insbesondere beim Ausbau der Solarenergie konnten wir in den vergangenen Jahren einen massiven Zubau verzeichnen. Herr von Brunn, das werden Sie nicht bestreiten.

Mit der Erweiterung des Kontingents auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten auf inzwischen 200 Anlagen im Jahr wurden entscheidende Weichen für die Ausweitung der Freiflächenkulisse gestellt. Auch der Ausbau von Solardachanlagen erfährt umfangreiche Unterstützung durch das 10.000-Häuser-PV-Speicher-Programm. Seit dessen Start wurden bereits über 60.000 Anträge gestellt. Damit konnte die Installation von über 400.000 Kilowatt Leistung angestoßen werden. Und nicht nur das, meine Damen und Herren: Wir FREIEN WÄHLER werden uns künftig auch für eine Solarpflicht auf staatlichen, auf öffentlichen und gewerblichen Dächern einsetzen.

Am 1. Oktober 2021 ist das Förderprogramm Wasserkraftanlagen angelaufen. Es hat vor allem die umweltverträgliche Ertüchtigung von bestehenden Anlagen zum Ziel mit einer Steigerung der Stromerzeugung um mindestens 10 %. Im Übrigen kommen 63 % der Wasserkraft aus Bayern.

Bei der Stromerzeugung aus Biogas konnten dank des Einsatzes unseres Wirtschaftsministers beim EEG signifikante Verbesserungen erreicht werden, sodass viele Betriebe wieder rentabel gemacht worden sind.

Zur besseren Nutzung und zur Akzeptanz der Windenergie konnte auf Bundesebene eine Beteiligung der Kommunen an den Erlösen der Windenergieanlagen erreicht werden. Um den Ausbau der Windenergie zu stärken, wurde bereits Ende 2019 die bayerische Offensive "AUFWIND" ins Leben gerufen, ein Projekt, das markante Akzente setzt und ein voller Erfolg ist. Zentrales Instrument von "AUFWIND" sind die sieben regionalen "Windkümmerer". Sie betreuen inzwischen 36 Windprojekte in 45 Gemeinden. Knackpunkt ist für viele nach wie vor die 10-H-Regelung. In seiner Regierungserklärung hat unser Ministerpräsident Söder eine Weiterentwicklung der geltenden Abstandsregeln bei Windanlagen angekündigt – auch ein seit Langem bestehender Wunsch von uns FREIEN WÄHLERN.

Auch für die "Windoffensive Wald" wollen wir einen Beitrag leisten. Dazu hat das Wirtschaftsministerium 300 geeignete Standorte in Privat- und Staatswäldern lokalisiert.

Eine entsprechende Kartierung wurde bereits veröffentlicht. Ich behaupte aber auch, meine Damen und Herren: Alleine die Abschaffung von 10 H wird das Problem nicht lösen. Es gilt, weitere Hürden zu überwinden. Überarbeitet werden müssen zum Beispiel die oft hinderlichen natur- und artenschutzrechtlichen Prüfungen oder die starren Strukturen des Denkmalschutzes.

Wir kämpfen weiterhin für die Windkraft, ehrgeizig und engagiert. Auch wir FREI-EN WÄHLER stehen für eine bürgerverträgliche Evaluierung von 10 H. Nähere Ausführungen habe ich bereits vor zwei Wochen an dieser Stelle gemacht. Ich hoffe, Herr von Brunn, Herr Hartmann, Sie haben das verstanden und ich muss mich hier nicht wiederholen.

Flankierend zum Ausbau der erneuerbaren Energien soll Bayern führender Standort für die innovative grüne H₂-Technologie werden. Diese wollen wir mit Speed vorantreiben. Der Freistaat war mit seiner bayerischen Wasserstoffstrategie auch hier Vorreiter für ein neues Wasserstoffzeitalter im Bund. Wasserstoff ist für uns die Schlüsseltechnologie, der Energieträger der Zukunft, ein Multitalent. Wasserstoff spielt die tragende Rolle bei der Energie-, aber auch bei der Wärme- und Mobilitätswende.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Absicherung der Stromversorgung durch Reservekapazitäten in Extremsituationen sagen. Der Fokus liegt hier klar auf Brückentechnologien, auf Gaskraftwerken, um die Gefahr von eventuellen Versorgungsengpässen oder die von Ihnen prophezeiten Blackouts zu vermeiden. Seien Sie aber versichert: Die Lichter werden nicht ausgehen. Herr von Brunn, hören Sie auf mit Ihren unverantwortlichen Angst- und Panikmachereien! Zur Sicherstellung der Netzstabilität alleine in Süddeutschland hat Bayern durchgesetzt, dass ab 2022 sogenannte besondere netztechnische Betriebsmittel, also Notfallgaskraftwerke, im Umfang von insgesamt 1,2 Gigawatt zur Verfügung stehen. Von diesen insgesamt vier Anlagen stehen zwei in Bayern, in Irsching und Leipheim. Darüber hinaus sind Sie künftig im Bund in der Pflicht, dass ein Investitionsrahmen für weitere Anreize zum Bau von Gaskraftwerken, die mittelfristig und langfristig auf den Betrieb mit grünem Wasserstoff

umrüstbar sind – Stichwort H2-ready –, geschaffen wird. – Nicht zu vergessen: Auch die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine Teillösung in der Energiedebatte.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wirtschaft und Wissenschaft, Innovation und Technologie sowie die Initiativen für Forschung und Entwicklung müssen eng verzahnt ineinandergreifen, um unsere ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Ein unverzichtbarer Bestandteil dabei ist unsere ambitionierte bayerische Hightech Agenda. Ökologie und Ökonomie gilt es zu versöhnen und in Einklang zu bringen, immer wieder unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit. Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER. Das schafft Synergieeffekte. Das garantiert Versorgungsstabilität.

Meine Damen und Herren, Bayern gibt die Initialzündung. Bayern ist Vorbild, ist in einer Vorreiterrolle für Deutschland, Europa und weit darüber hinaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die völlig verkorkste und vermurkste Energiewende ist zur unkontrollierbaren Abrissbirne für bezahlbare Energie, Beschäftigung und Wohlstand geworden. Sie alle sind dafür verantwortlich, dass wir heute in Bayern weltweit die höchsten Energiepreise zahlen. Sie haben den Freistaat vom Garanten der europäischen Versorgungssicherheit zu einem energiepolitischen Krüppel gemacht. Die Netzbetreiber geben an, dass Deutschland wegen des Kernenergie- und Kohleausstiegs ab 2022 bis zu 7,2 Gigawatt Leistung importieren muss. Allein in Bayern müssen wir dann im Jahresdurchschnitt 36 % des verbrauchten Stroms importieren, im Winter sogar bis zu 80 %. Das sagt übrigens nicht die AfD, sondern das Münchner Ifo-Institut.

Herr König, die Gefahr eines großflächigen Stromausfalls nimmt zu. Herr Dr. Söder hat selbst gefordert, Maßnahmen zur Prävention von Blackouts einzuleiten. Bis vor Kurzem galt es ja bei Landtagsdebatten als böse Verschwörungstheorie, dass die Energiewende unser Stromnetz gefährde. Herr König, das ist aber Fakt!

(Beifall bei der AfD)

Deutschland bräuchte etwa 400.000 Windräder, um den gesamten heutigen Energiebedarf bilanziell abzudecken. Die Kapazität des Kernkraftwerks Gundremmingen, das am Jahresende abgeschaltet wird, entspricht einer Leistung von etwa 2.200 Windrädern. Kaum ein Bürger will aber diese rotierenden Ungetüme vor der eigenen Haustür haben. Die 10-H-Regelung muss deswegen auf jeden Fall bleiben.

Herr von Brunn, hören Sie genau zu und lernen Sie etwas! Es gibt immer noch keine wirtschaftliche Lösung für die Speicherung von erneuerbaren Energien. Außerdem ist die Netzfrequenz mit Windrädern und PV-Modulen allein nicht dauerhaft stabil zu halten. Anscheinend gibt es bei Ihnen keinen technischen Sachverstand, sondern nur grün angemalte Weltenretter, die fürs Klima hüpfen. Sie schalten ein grundlastfähiges Kraftwerk nach dem anderen ab und machen sich Sorgen, dass die Lichter ausgehen könnten. Sie führen zusätzlich ständig Steuern und Abgaben ein und wundern sich dann, dass die Energiepreise steigen. Man muss Ihnen eine unsoziale und bürgerfeindliche Politik attestieren. Ihre angeblichen Sorgen sind pure Heuchelei. Bei der deutschen CO₂-Steuer ging es nie darum, das Klima zu retten. Sie ist reine Abzocke ohne Lenkungswirkung.

(Beifall bei der AfD)

Und sie wird Familien ab dem Jahr 2025 jährlich bis zu 1.400 Euro kosten. Pendler auf dem Land und Geringverdiener werden ruiniert und abgehängt. Wegen Ihrer Energiewende haben sich die Stromkosten in Bayern in den letzten 20 Jahren verdoppelt bzw. verdreifacht. Für Haushalte sind sie von 14 Cent auf 31,4 Cent pro Kilowattstunde angestiegen. Für die Industrie sind die Preise von 6 Cent auf 18,6 Cent pro Kilowattstun-

de angestiegen. Viele Industriesektoren haben angekündigt, dass sie bei der Fortsetzung dieser mörderischen Energiepolitik ins Ausland abwandern müssten.

Jetzt wollen Sie alle diese hohen Strompreise mit Steuergeld aus dem Bundeshaushalt quersubventionieren. Sie stecken also dem Verbraucher gönnerhaft 50 Euro in die linke Tasche, klauen ihm aber gleichzeitig 500 Euro aus der rechten Tasche. Diese Dreistigkeit bezeichnen Sie dann als "soziale Energiepolitik" oder "klimagerechten Wohlstand". Ihre sogenannte Klimapolitik enteignet die Bürger und füllt gleichzeitig die Staatskassen, sonst nichts!

(Beifall bei der AfD)

Profiteure sind Konzerne, die milliardenschwere Subventionen vom Staat erhalten. So sieht es aus. Die AfD hat konstruktive Vorschläge eingebracht, wie Verbraucher wirksam entlastet werden können. Wir fordern die Streichung des EEG und die Abschaffung von Strom- und CO₂-Steuern. Wir brauchen auch unbedingt eine Deckelung der Kraftstoffpreise durch eine Reduzierung des Steueranteils. Das ist möglich. Außerdem wollen wir die Erforschung neuer Technologien in der Kernkraft vorantreiben und die Kernkraft insgesamt erhalten. Die Dual-Fluid-Technologie könnte gleichzeitig ein Beitrag für das Endlagerproblem bereits existierender radioaktiver Abfälle sein. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Herr Ludwig, neue Technologien, wie zum Beispiel Wasserstoff, müssen erforscht werden. Da haben Sie recht. Sie dürfen aber nicht mit gewaltigen Subventionen in den Markt gedrückt werden. Die AfD ist die einzige Partei, die komplett technologieoffene Konzepte in der Energiepolitik vertritt. Unsere Lösungsvorschläge sind für alle Energiesektoren – Strom, Mobilität und Wärme – kostengünstig und deshalb zukunftsorientiert.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Albert Duin für die FDP.

Albert Duin (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt viel gehört. Über eines sind wir uns klar: Wir wollen das Pariser Abkommen einhalten. Darüber sind wir uns einig, zumindest auf der linken Seite dieses Hauses inklusive der FDP. Allerdings sind die Wege, wie wir dieses Ziel erreichen wollen, unterschiedlich. Wir wollen den Strompreis deckeln. Dabei müssen wir bedenken, dass der Strompreis momentan zu 50 % aus Steuern und Abgaben und zu 25 % aus den Netzleitungskosten besteht. Der Rest ist der Preis für den Strom. Wir können also am Strompreis drehen, wie wir wollen: Es wird fast nichts ankommen. In Ungarn zahle ich 11,5 Cent für die Kilowattstunde. Das ist ein irrer Unterschied.

Heute Morgen, 7 Uhr: Der Gesamtbedarf in Deutschland lag bei 73 Gigawatt. Der Anteil der Onshore-Windkraft lag bei 2,47 Gigawatt. Der Anteil der Solaranlagen lag bei 0,25 Gigawatt. Der Anteil der Offshore-Windkraft lag bei 0,48 Gigawatt. Der Anteil der Wasserkraft lag bei 1,7 Gigawatt. Der Anteil der Biomasse lag bei 4,4 Gigawatt. Wasser und Biomasse sind dabei noch stabile Lieferanten. Der Traum, alles mit Windkraft und Photovoltaik zu schaffen, ist ein Traum. Das große Problem liegt darin, dass die GRÜNEN Wahlen gewinnen, indem sie für die Umwelt, für erneuerbare Energien sowie die Abschaltung von Kohlekraftwerken und von Kernkraftwerken kämpfen. Vor Ort gewinnen sie dadurch Wahlen, dass sie Bürgerinitiativen, den BUND und den NABU aufhetzen. Das sind die GRÜNEN-Vertreter vor Ort.

Wir haben jetzt die ganze Zeit über den Strom gesprochen. Der Strom macht nur 28 % unseres gesamten Energiebedarfs aus. Ihr verkennt total die Antriebstechnik, die Heizung und alles, was drumherum liegt.

Herr Ludwig hat recht: Wir brauchen Gas. Gaskraftwerke müssen kommen; denn sonst geht irgendwann wirklich das Licht aus.

Jetzt sollen 2 % der Fläche in Bayern zur Verfügung gestellt werden. Ich habe einmal nachgeschaut: Bayern hat eine Fläche von 70.500 Quadratkilometern. Ich weiß nicht, wie sich das mit der Bekämpfung des Flächenfraßes, über die wir auch immer wieder

reden, vereinbaren lässt. Sie planen eine Versiegelung! Da können Sie sagen, was Sie wollen! Oder wollen Sie etwa behaupten, durch Windräder entstünde keine Versiegelung?

Die nächste Bundesregierung – und ich bin mir sicher, dass wir alle zusammengehören werden – wird auf jeden Fall große Anstrengungen bei den Themen Klimaschutz und Energiewende, aber auch bei den Energiepreisen unternehmen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass das EEG sofort abgeschafft wird. Die künstliche Deckelung von Preisen ist totaler Quatsch. Wir können nicht zuerst den Bürgern etwas abnehmen und es ihnen hinterher zum Teil wiedergeben. Das wäre totaler Unsinn. Das würde uns auch irgendwann der Bürger nicht mehr glauben.

Wir befinden uns Gott sei Dank in einem europäischen Energienetz. Ich glaube, dass uns viele Energieerzeuger aus dem Ausland aushelfen können. Wir können nur hoffen, dass wir in Europa keinen zu harten Winter bekommen; denn dann wird in Frankreich die komplette Energieerzeugung in die eigenen Heizungen wandern, da die Franzosen mit Strom heizen.

Zur Windkraft im Wald: Ganz ehrlich: Wenn das so gewünscht ist, dann soll das so sein. Ihr werdet mit den Bürgern vor Ort riesige Probleme bekommen und nicht so viele Windräder aufbauen können, wie wir tatsächlich brauchen.

Zur Photovoltaik: Hier sehen wir in Bayern noch den größten Spielraum. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass 73 % aller Gebäude Altbestand sind. Da ist dann nicht viel zu machen. Bis wir so weit sind, dass wir uns wieder in aller Ruhe zurücklehnen können, werden wir Gaskraftwerke brauchen.

Ich bin sogar der Auffassung – das ist meine persönliche Meinung, nicht die der FDP –, dass wir die Atomkraftwerke eigentlich hätten weiterlaufen lassen müssen. Aber sei es drum; es ist nicht so. Deshalb werden wir dabei mitkämpfen, dass es eine Energiewende gibt. – Aber bitte hört auf mit der Blockierung, liebe GRÜNE!

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist ohne Zweifel von zentraler Bedeutung für unsere Bemühungen für die Akzeptanz der Energiewende und auch für den Kampf gegen den Klimawandel. Sie haben den Titel gewählt: "Damit in Bayern das Licht an bleibt". Ich verstehe Ihre Sorgen; denn Sie selbst sind ja auch keine großen Leuchten.

Unser zielpolitisches Dreieck ist immer schon: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit. Deutschland hat sich im Einvernehmen mit der Bevölkerung – und damals, 2011, auch im Einvernehmen mit allen Parteien – entschieden, auf die Leistung von Kernenergie und Kohlekraftwerken zu verzichten.

Die Sicherheit der Versorgung mit Elektrizität ist ein hohes Gut, insbesondere für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern. Gerade dafür ist eben auch eine sichere und zuverlässige Energieversorgung von enormer Bedeutung. Dabei zeigt uns der letzte Bericht über Sicherheit, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Elektrizitätsversorgungsnetze der Bundesnetzagentur vom Dezember 2020, dass es in Deutschland bislang noch keine Unterdeckung des Marktes gegeben hat. Das heißt: Die Stromnachfrage konnte jederzeit durch am Markt verfügbare Erzeugungsleistung gedeckt werden. Damit das so bleibt, gibt es ein eng geflochtenes Engpassmanagement mit Redispatch-Maßnahmen. So können Netzschwankungen der volatilen erneuerbaren Energien gut ausgeglichen werden. Langfristig brauchen wir aber natürlich mehr erneuerbare Energien in der Produktion; wir müssen auch schauen, wo und wann diese produziert werden. Wir brauchen also sichere Transportwege und Speicherlösungen.

Dabei heißt Energiewende nicht nur Stromwende, sondern auch Wärme- und Verkehrswende. Bayern steht hier als verlässlicher Partner an der Seite der Bürgerinnen

und Bürger. Im Zehnjahresvergleich werden im Freistaat Bayern heute rund 50 % weniger Strom aus konventionellen Anlagen erzeugt; dafür hatten die regenerativen Energien eine Produktionssteigerung um 84 %. Wir haben circa 586.000 Biomasse-, Photovoltaik-, Wasserkraft- und Windenergieanlagen in Bayern, die 2019 über 37 Millionen Megawattstunden Strom produziert haben. Das bedeutet, dass pro Einwohner in Bayern 2.868 Kilowattstunden grüner Strom aus erneuerbaren Quellen produziert wurden. Zum Vergleich: Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien pro Kopf belief sich 2019 in Baden-Württemberg gerade einmal auf 1.600 Kilowattstunden, in Nordrhein-Westfalen auf 1.300 Kilowattstunden.

Bayern setzt auch weiterhin auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir entwickeln das Bayerische Klimaschutzgesetz mit genau dieser Zielrichtung weiter. Ich möchte hier zwei Aspekte besonders herausgreifen. Einer ist der klimafreundliche Wasserstoff; er ist ein zentraler Baustein der erfolgreichen Energiewende in Bayern. Mit dem Forschungsschwerpunkt Wasserstoff, der Gründung des H2.B und einer bayerischen Wasserstoffstrategie eröffnen wir in Bayern diesen innovativen Technologien weltweit neue Märkte. Mit der Hightech Agenda Bayern und dem darin vorgesehenen Schwerpunkt Cleantech setzen wir auf Umweltthemen mit Schlüsseltechnologien im Bereich der Industrie 4.0. Gerade bei Cleantech gibt es große Potenziale, die neben wirtschaftlicher Wertschöpfung auch nachhaltige Möglichkeiten zum Schutz von Umwelt und Klima bieten.

Schauen wir uns noch einmal das Thema Windkraft an. Die Technische Universität München hat im Mai 2021 eine Studie veröffentlicht, in der errechnet wurde, wie viele Windräder wir in Bayern bräuchten, um uns zu 100 % mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Die Studie hat gezeigt, dass Bayern bilanziell bis 2040 autark werden könnte. Aber wie konkret? – Wir bräuchten eine installierte Leistung von 36 Gigawatt aus Windkraft. Zu den bisherigen rund 1.200 Windrädern Bayerns müssten fast 9.000 neue dazukommen. Das heißt: Bei 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten wären das heruntergebrochen jeweils knapp 100 zusätzliche Windräder.

Die Windenergie ist ohne Frage eine wichtige Säule der Energiewende und dort, wo die Anwohner das akzeptieren, auch unbedingt zu forcieren. Daher freut mich auch der aktuelle Bericht des Wirtschaftsministeriums, wonach das Angebot der "Windkümmerer" gut angenommen wird. Wir müssen uns aber von der Vorstellung verabschieden, dass Bayern mittelfristig energieautark sein wird. Wenn wir uns umschauen und ehrlich sind, dann werden wir feststellen, dass wir längst in einem Netz von Abhängigkeiten sind, auch wenn wir gerne autark wären. 70 % des Energieaufkommens in Deutschland wird durch Importe gedeckt. Allein im Jahr 2018 gab Deutschland 63 Milliarden Euro für Energieimporte aus. 2018 und 2019 wurden 12,5 % bis 15 % des bayerischen Gesamtstromverbrauchs durch Stromimporte gedeckt.

Die Volatilität der erneuerbaren Energien ist natürlich auch eine Herausforderung. Deutschlandweit hat die Windkraft im ersten Halbjahr 2021 rechnerisch rund ein Fünftel unter Volllast gearbeitet. Photovoltaikanlagen hatten im gleichen Zeitraum einen Nutzungsgrad von 10,5 %.

Ich möchte schon noch kurz sagen, dass das heute von der SPD gewählte Thema auch scheinheilig ist. Die SPD hat doch Fridays for Future nach dem Mund geredet und hätte lieber heute als morgen einen CO₂-Preis von 200 bis 300 Euro eingeführt. Sie haben uns immer kritisiert, wenn wir gesagt haben, CO₂ brauche einen steigenden, aber maßvoll steigenden Preis. Sie haben uns kritisiert, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Martin Huber (CSU): – weil Ihnen die CO₂-Bepreisung nicht schnell genug gegangen ist, und heute problematisieren Sie gestiegene Energiepreise. Das ist scheinheilig! Es ist aber auch entwaffnend ehrlich im Hinblick auf das, was uns die Berliner Ampel bringt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Martin Huber (CSU): Die Ampel wird ein Irrlicht. Bayern ist stark genug, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Martin Huber (CSU): –, um nicht in Finsternis zu verfallen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Martin Huber (CSU): Ganz im Gegenteil: Beim Irrlicht der Ampel wird Bayern umso heller leuchten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass gerade bei der Aktuellen Stunde die Redezeiten ziemlich genau eingehalten werden sollten. Das gilt allgemein. – Der nächste Redner, Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat zehn Minuten Redezeit.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hat man den zwei Rednern der CSU, Herrn König und Herrn Huber, aufmerksam zugehört, so hat man zum heutigen Thema, wie wir die Strompreise senken können, nichts gehört. Das ist wirklich ein Trauerspiel von der CSU!

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Ich sage Ihnen ganz klar: Die Zeit der leeren Worte muss jetzt endlich vorbei sein. Wir müssen in die Umsetzung kommen. Wenn man wie am Montag Appelle des Ministerpräsidenten Söder hört, wonach Deutschland einen Plan gegen Blackout brauche, dann kann man dies nur für den allergrößten Witz halten. Bayern macht hier seine Hausaufgaben in keiner Weise. Vor der eigenen Haustür wird nicht gekehrt. Ich habe im Jahr 2019 beim Ministerium angefragt, wie der Plan für die Stromversorgung ab 2023 aussehe. Darauf hieß es, das sei weit in der Zukunft; es gäbe noch keine Pläne. – Was ist das denn? 2023 ist übermorgen, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist definitiv kein Plan. Sie haben kein Konzept. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vom Kollegen König hört man, Bayern sei vorne. – Nein, Bayern ist überhaupt nicht vorne! Bayern rast wie kein anderes Bundesland in eine Importabhängigkeit hinein. Wir hängen massiv am Tropf der anderen Bundesländer. Wir werden im nächsten Jahr ein Defizit von 20 Terawattstunden, ab übernächstem Jahr, ab 2023, ein Defizit von über 30 Terawattstunden haben. Um einmal eine Vorstellung davon zu haben: Das ist der Stromverbrauch von Thüringen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Das ist, was wir an Importstrom brauchen. Das wirkt sich massiv auf die Strompreise aus. Da sagen wir ganz klar: Diese Importabhängigkeit und dieses Am-Tropf-Hängen muss jetzt endlich aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Auswirkungen auf den Strompreis sind massiv. Die sehr hohe Nachfrage Bayerns aufgrund des geringen Ausbaus der erneuerbaren Energien treibt den Börsenstrompreis nach oben. Sie wissen, dass es in der Merit-Order wie folgt ist: Das letzte Kraftwerk bestimmt den Preis. Dadurch, dass ein Land wie Bayern kaum erneuerbare Energien hat, weil eben die Windkraft fehlt, treibt das gerade in der Winterstromzeit die Strompreise nach oben. Da frage ich mich schon: Wie lange schauen da die anderen Bundesländer noch zu? Wie lange schauen die anderen Bundesländer zu, wenn Bayern als größtes Bundesland seine Hausaufgaben nicht macht? – Kollege Ludwig Hartmann hat das schon gesagt: Das muss sich jetzt endlich ändern! Damit muss endlich Schluss sein. Es muss endlich die Abschaffung der 10-H-Regelung her, damit wir hier in Bayern auch gut ausbauen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist eigentlich schon nicht mehr amüsant, wenn Kollege König zum Wirtschaftsministerium sagen muss, er freue sich darüber, dass man sich bei den Stromleitungen doch auf einen gewissen Kompromiss geeinigt habe. Herr König, es ist wirklich lächerlich, dass das betont werden muss. Das kann doch gar nicht sein. Wer kämpft denn hier gegen die Windräder? – Das sind Söder und Seehofer. Wer kämpft gegen die

Stromleitungen? – Das sind Seehofer und Aiwanger. Diese Zeit muss nun endlich vorbei sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben Bayern in eine massive Importabhängigkeit getrieben. Wir haben jetzt auch gesehen, dass sich diese Entwicklung immer mehr verstärkt.

Ich würde den Titel der Aktuellen Stunde korrigieren wollen. Es geht bei der heutigen Debatte nicht darum, dass die Lichter ausgehen. Nein, um das wird es nicht gehen. Es wird definitiv so sein, dass wir in Deutschland genügend fossile Kraftwerke haben, die dann einspringen können. Die Frage ist aber schon: Wenn wir so wenig erneuerbare Energien haben, dann müssen fossile Kraftwerke – das sind hauptsächlich Gaskraftwerke – einspringen. Da geht es in Bayern um rund 10 Millionen Tonnen an zusätzlichen CO₂-Emissionen, die ab den Jahren 2022 und 2023 entstehen würden. Das ist definitiv kein Klimaschutz.

Kollege Ludwig von den FREIEN WÄHLERN hat die Gaskraft in den Himmel gelobt. Um Himmels willen! Die Gaskraft ist kein umweltfreundlicher Energieträger. Das ist kein Klimaschutz! So kommen wir nicht voran.

(Zurufe)

So werden wir die Klimaziele niemals erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen in Bayern viel mehr Windkraft. Schauen wir uns noch einmal die Debatte der letzten Woche an, die wir auch schon vor zwei Wochen hatten; damals habe ich auch schon auf die Börse verwiesen. In der letzten Woche hatten wir an der Börse Strompreise von ungefähr 30 Cent pro Kilowattstunde, wenn ein Drittel erneuerbarer Energien im Netz war. Wenn es 50 % erneuerbarer Energien waren, hatten wir schon einen Strompreis von nur noch 10 bis 15 Cent pro Kilowattstunde. An den Tagen, an

denen über zwei Drittel erneuerbarer Energien im Stromnetz waren, lag der Preis bei 1 bis 3 Cent pro Kilowattstunde; teilweise ging er auf null herunter. – Das sind die Auswirkungen der erneuerbaren Energien! Das ist die Strompreissenkung, um die es eigentlich geht. Das ist die Rolle der Windkraft,

(Zurufe)

weil sie gerade beim hohen Stromverbrauch im Winter enorm einspeisen kann.

Kollege König, Sie haben gesagt, Sie sehen bei den Planungsregionen Nachholbedarf. – Natürlich! Wir haben 18 Planungsregionen. In fast jeder vierten ist kein Quadratmeter ausgewiesen worden. In 4 Planungsregionen in Bayern ist keine Fläche für die Windkraft vorgesehen. Vom Bauministerium hören wir jetzt, in den Vorrangflächen für Windkraft – das sind in Bayern 0,34 % der Fläche – solle dort, wo noch keine Windräder stehen, eventuell nur noch ein Abstand von 1.000 Metern gelten. Das Ministerium konnte aber nicht genau beantworten, wie groß diese Flächen sind. Ich sage Ihnen, das ist weniger als ein Drittel; wir sind da vielleicht bei 0,1 % der Fläche in Bayern.

Glauben Sie denn, dass wir mit diesen 0,1 % der Fläche irgendetwas bewirken können? – Dieses Herumdoktern an der 10-H-Regelung wird definitiv nichts voranbringen. Es muss endlich Schluss sein mit 10 H. 10 H muss abgeschafft werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten hier an dieser Stelle vor zwei Wochen eine Anhörung des Wirtschaftsausschusses zu den Strompreisen. Vonseiten der CSU und der FREIEN WÄHLER wurden als Expertinnen Frau Pittel vom Ifo-Institut und Frau Kirchner von Prognos benannt; das war sehr aufschlussreich. Was in der Anhörung insgesamt betont wurde, war der enorme Einfluss der erneuerbaren Energien auf die Strompreise. Das war der Konsens unter den Expertinnen. Alle haben gesagt: Wenn wir viel fossile Energien im Netz haben, dann ist der Strompreis eben hoch.

Sie haben auch gesagt: Die Gießkanne bringt nichts mehr. Es bringt nichts mehr, eine Förderpolitik aufzulegen, neue Subventionstöpfe anzulegen und mit der Gießkanne Geld auszugeben. – Kollege Ludwig von den FREIEN WÄHLERN hat das aber gerade noch einmal gesagt. Er forderte einen internationalen Industriestrompreis von 4 Cent pro Kilowattstunde. Herr Kollege Ludwig, wir haben das in der Anhörung doch gehört, das ist nicht die Lösung Ich kann es nicht verstehen: Wir sitzen vier Stunden im selben Raum, und Sie gehen mit derselben Erkenntnis heraus, mit der Sie hineingegangen sind. So kommen wir doch nicht vorwärts. Es gab eine klare Botschaft: Die Gießkanne bringt einfach nichts. Wir brauchen eine gezielte Förderung.

Gezielte Förderung muss die Zukunft sein. Pauschale EEG-Befreiungen, Netzentgeltbefreiungen, haben bisher immer die Handwerker, das Kleingewerbe und die Bürgerinnen und Bürger bezahlt. Damit muss jetzt einfach Schluss sein. Wir brauchen neue Konzepte. Wir hoffen darauf, dass, wenn wir Anhörungen machen, auch bei Ihnen endlich etwas hängen bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch kurz zum Kollegen Duin: Lieber Albert, wenn es gut läuft, sind wir vielleicht irgendwann doch mal in einer gemeinsamen Koalition; aber Berlin ist weit weg. Ich glaube trotzdem, dass du dir den Flächenverbrauch von Windrädern noch einmal genau anschauen musst. Ich kann mit dir auch gern einmal rausfahren.

(Zuruf)

Wenn man sich ein Windrad, das auf einer Ackerfläche steht, anschaut, dann hat man eine versiegelte Fläche von 20 auf 20 Meter. 400 Quadratmeter, vielleicht sind es mal 600 oder 800 – mehr braucht dieses Windrad nicht. Darunter wächst der Weizen, wächst die Gerste. Es interessiert den Weizen relativ wenig, ob sich 100 Meter drüber ein Windrad dreht oder nicht.

Insofern hat die Windkraft eine enorme Flächeneffizienz. Das hat selbst Landwirtschaftsministerin Kaniber nicht verstanden. Vor drei Wochen hat sie hier noch mal betont, wie viel Fläche denn die Windkraft brauche. – Nein, die Windkraft ist die effizienteste Form, die wir haben. Das müssen wir definitiv ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zum letzten Bericht des Wirtschaftsministeriums machen: Wir haben gehört, dass die CO₂-Emissionen in Bayern im Corona-Jahr 2020 um 8 % zurückgingen. – 8 % sind wirklich ein großer Beitrag. Schauen wir uns die Ziele der Staatsregierung an, die Ministerpräsident Söder in seiner Regierungserklärung im Juli angekündigt hat: eine Einsparung von 65 % bis 2030. – Das sind 6 % pro Jahr.

Sie müssen verstehen: Wir hatten mit Corona letztes Jahr eine Einsparung von 8 %. Ihr Ziel ist zukünftig eine Einsparung von 6 % pro Jahr. – Das reicht nicht für Paris, es wäre aber zumindest einmal eine Größenordnung. Man sieht daran einfach, dass es ohne Konzept, ohne Plan und ohne ein wirksames Klimagesetz nicht gehen wird. Ich bin es wirklich leid, hier Jahr um Jahr auf ein Klimagesetz zu warten. Das muss jetzt endlich kommen! Schluss mit Herumdoktern! Endlich machen! Abschaffung von 10 H! Freie Bahn für die erneuerbaren Energien! – Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es gibt ein schönes Bild in der Bibel: Man moniert den Dorn im Auge des Gegenübers, aber bemerkt gar nicht den Balken im eigenen Auge. Wenn ich die Rede von Ministerpräsident Söder in letzten Tagen und auch einige Redebeiträge von heute

anhöre, dann muss ich sagen, es handelt sich nicht um einen Balken, sondern um ein ganzes Holzhaus.

(Beifall bei der SPD)

Die Geschichte der Energiewende in Bayern ist eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, garniert mit internen Scharmützeln. Die Regierungskoalition lähmt sich seit langer Zeit selbst. Zeit, die wir nicht haben!

2020 wurde trotz Corona die weltweit höchste CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gemessen. Der Anstieg war höher als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Lieber Kollege König, es geht deshalb nicht nur darum, die Dinge anzudenken; es geht jetzt ums Handeln.

In Bayern geht aber nichts voran: Es wird kein neues Klimaschutzgesetz vorgelegt. Es gibt auch keine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms. Das sind zwei ganz wichtige Instrumente, um beim Klima- und beim Umweltschutz weiterzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt hier in die Socken zu kommen und die internen Streitigkeiten zu beenden, wird mit dem Finger auf Berlin gezeigt. Immer neue Kritik und neue Forderungen! Derweil wissen wir doch alle noch nicht, was bei den Koalitionsverhandlungen letztendlich inhaltlich herauskommen wird. Was wir bis jetzt hören, klingt meiner Meinung nach aber sehr positiv.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege König, noch einmal zur Klarheit und zur Wahrheit: Die Idee, den Wald mit Windrädern zuzupflastern, kam nicht von uns, sondern von Ministerpräsident Söder und Wirtschaftsminister Aiwanger. Aiwanger begründete das durchaus sinnig damit, man würde die Windräder im Wald nicht so sehen; dort wären sie dann besser zu akzeptieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorstellung, dass ein Windrad, das man zwischen den Bäumen im Wald nicht sieht, Energie produzieren kann, erschließt sich mir überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich jetzt einige Vorschläge machen, die die Staatsregierung im Sinne des Klimaschutzes sofort umsetzen kann, und zwar ganz ohne nach Berlin zu gackern. Erster und wichtigster Vorschlag: Die Staatsregierung muss endlich mit einer Stimme sprechen, oder zumindest muss ein Minister an zwei verschiedenen Orten in Deutschland das Gleiche sagen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel: Der Minister Aiwanger hat im Bundesrat allen Ausbauplänen für die Stromnetze zugestimmt. Er hat es damals nicht einmal für nötig befunden, seine Kritik dort persönlich anzubringen. Er ist vorher nach Hause gefahren und hat sein Abstimmungsverhalten nur zu Protokoll gegeben. Kaum ist er in München, wie bei seiner Regierungserklärung 2019, stellt er die Notwendigkeit der Stromtrassen wieder infrage. Es ist einfach nur erbärmlich, jetzt zu feiern, dass man zwei Jahre später endlich eine Einigung innerhalb der Regierungskoalition beim Thema Stromtrassen erreicht hat und zur Erkenntnis gekommen ist, dass die Dinger gebaut werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vorschlag: Legen Sie das Klimaschutzgesetz und die Teilfortschreibung des LEPs noch vor Weihnachten dem Parlament vor. Erlassen Sie endlich eine Photovoltaik-Pflicht auf Neubauten in ganz Bayern. Nehmen Sie Ihre Selbstverpflichtung ernst, Photovoltaik auf allen Dächern staatlicher Gebäude zu installieren, wo dies technisch möglich ist. Sorgen Sie für eine schnellere Umsetzung als bisher. Wie gesagt, handeln Sie jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Klimaschutz muss eine Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Damit wird der Stellenwert des Klimaschutzes erhöht, und die Kommunen bleiben mit ihren Anstrengungen nicht auf den Kosten sitzen. Ich könnte noch viele Beispiele anführen, aber das habe ich bereits letzte Woche getan.

Gestern Abend habe ich aus den Reihen der CSU-Fraktion den Satz gehört: Wenn es die 10-H-Regelung nicht gäbe, hätten einige Abgeordnete wahrscheinlich kein Thema mehr. – Ich kann Ihnen hier und heute versprechen: Schaffen Sie 10 H ab, und keiner nimmt dieses Wort jemals mehr in den Mund. Wir reden dann nur noch über die Ummengen anderer Baustellen im Bereich Klimaschutz – wie wir das heute auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die heutigen Redebeiträge sind schon spannend. Wir hatten vor zwei Wochen im Bayerischen Landtag eine Anhörung zur Bezahlbarkeit der Elektrizität, die auch von der Opposition beantragt worden ist. Die Erkenntnisse, die wir bei dieser Anhörung gewonnen haben, haben in den heutigen Redebeiträgen fast keine Berücksichtigung gefunden. Aus meiner Sicht wurden die Erkenntnisse vom Kollegen Stümpfig mit einer eingeschränkten Wahrnehmung sogar falsch wiedergegeben. Alle Experten, auch diejenigen, die von den GRÜNEN eingeladen worden sind, hatten bei der Anhörung hinsichtlich der Gaskraftwerke ganz klar festgestellt, dass wir für die Zukunft Gaskraft in Bayern brauchen werden. Wir werden Gaskraftwerke als Reservekapazität brauchen. Sie stellen diese Erkenntnis heute in Abrede. Das ist schon sehr komisch. Bei der Anhörung letzte Woche war sogar ein Experte, der von den GRÜNEN eingeladen worden ist, der Meinung, dass der Strom, obwohl wir den teuersten Strom in Europa haben, nach wie vor nicht zu teuer ist und noch viel teurer werden muss. Es spricht schon

Bände, wenn man sich heute hier hinstellt und etwas anderes behauptet und einen ganz anderen Weg verfolgt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Stümpfig, Sie haben andere Experten angesprochen. Natürlich war Frau Kirchner von der Prognos AG bei dieser Anhörung dabei. Sie hat eindrucksvoll aufgezeigt, dass sich unsere Stromkosten durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, durch die Energiewende und auch durch das Thema Wasserstoff perspektivisch sogar noch verdreifachen oder vervierfachen werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht mit dieser Preissteigerung einher. Wenn man über den Ausbau der erneuerbaren Energien spricht, dann muss man sich hier hinstellen und ehrlich sagen, dass Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei einer volatilen Energie eine Rolle spielen werden. Ein Experte der Anhörung hat sogar gesagt, dass wir für die Zukunft durch diesen Ausbau mindestens 50 Gigawatt an Reservekapazitäten benötigen werden, und zwar durch Gaskraftwerke. Diese müssen gebaut und bereitgehalten werden. Das wird Geld kosten. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch das verbunden.

Die Experten haben in der Anhörung dargestellt, was der Ausbau bedeuten wird. Um die Mobilität zu elektrifizieren, würde man rein rechnerisch 100.000 neue Windräder benötigen – 100.000! Zur Erinnerung: Im Moment haben wir gerade einmal 29.500 Onshore-Windkraftanlagen in Deutschland. Der Flughafen München wurde bereits als Beispiel angeführt. Wenn man Kerosin ersetzen möchte, dann werden allein für die Erzeugung vor Ort über 4.000 neue Windräder benötigt. Das Beispiel des Stahlwerks in Duisburg von Thyssen hatte ich Ihnen ja schon einmal genannt. Für den Ersatz bei diesem Stahlwerk würde man 3.500 Offshore-Windkraftanlagen benötigen. Der Kollege Martin Huber hat eine Studie angesprochen. Wenn man Bayern mit erneuerbaren Energien energieautark machen möchte, dann würden 9.000 Windräder benötigt. Das wäre eine Verachtfachung des gegenwärtigen Bestandes.

Herr von Brunn, Herr Stümpfig und die übrigen Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, stellen Sie sich doch ans Rednerpult und erzählen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern, wo Sie diese Windräder aufstellen möchten und wo Sie diese erneuerbaren Energien abbilden möchten!

In der Konsequenz ist es einfach nur logisch, dass wir zukünftig auch Energie importieren müssen, um unseren Energiebedarf entsprechend abdecken zu können. Wenn Sie über die Preise sprechen, dann ist das ja schon zum Schmunzeln. Ich habe bereits dargestellt, dass es eine Verdreifachung oder sogar Vervierfachung der Preise geben wird. Aber es gibt natürlich auch andere Bedingungen für die Energie. Der Kollege Duin hat das bereits angesprochen. Sie können natürlich in Berlin darauf einwirken, dass die Bürgerinnen und Bürger ad hoc belastet werden: Erhöhung der Pendlerpauschale, temporäre Senkung von Steuern, Energiesteuern, Abschaffung der EEG-Umlage und Industriestrompreis. Der Kollege Ludwig hat das alles schon dargestellt.

Aber ein Thema ist überhaupt noch nicht angesprochen worden: die Verknappung von Energie auf dem Markt. Dies kann einmal auf dem Spotmarkt geschehen, wenn andere Länder Energie wegkaufen. Das kann auch dort geschehen, wo Energie, die durch die Pipeline Nord Stream 2 transportiert werden könnte, aus politischen Gründen verknappt wird und nicht zugelassen wird. In der aktuellen Bundesregierung gibt es außenpolitische Kräfte, und in der Ampelkoalition können Sie natürlich auch klare Signale senden, wie das Ganze weitergehen soll.

Wir als Freistaat Bayern gehen hier voran. Der Kollege König hat aufgezeigt, in welchen Bereichen der Freistaat Bayern Akzente setzt. Wir setzen Akzente mit der High-tech Agenda. Gerade im Bereich der Klimaneutralität setzen wir mit Cleantech neue Maßstäbe für die bayerische Wirtschaft. Aber natürlich gehören auch die Themen Forschung und Entwicklung dazu. Unseren Fokus müssen wir auch in die Entwicklung neuer Technologien stecken, um die Energieversorgung gewährleisten zu können. In der Perspektive müssen wir in der Energieversorgung klimaneutral werden. Aber die

Energieversorgung muss auch bezahlbar sein und Versorgungssicherheit gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Nussel und ich sowie der Rest der CSU-Fraktion haben den Innenminister angeschrieben und gebeten, sich mit dem Thema Blackout auseinanderzusetzen. Analog zu unserem Nachbarland Österreich sollten wir uns auf ein Szenario vorbereiten, wenn bei uns die Energieversorgung zusammenbrechen würde. Wir sollten uns im Freistaat darauf vorbereiten, damit wir im Katastrophenfall entsprechend reagieren könnten. Jetzt werden Sie sich über diese Aussage natürlich wieder kaputt lachen und sagen, dass das in Bayern doch gar nicht der Fall ist. – Aber unser Energiesystem ist ein europäisches Verbundsystem. Es liegt eine Abhängigkeit vor, und die Stromausfälle mehren sich an der einen oder anderen Stelle. Dies kann natürlich zu einem Dominoeffekt führen und bedeuten, dass in Bayern die Lichter ausgehen, nicht wegen der erneuerbaren Energien allein. Darauf sollten wir vorbereitet sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie über die Energiewende in Bayern sprechen, wenn Sie von Bezahlbarkeit sprechen, dann seien Sie zu den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich! Stellen Sie sich ans Rednerpult und erzählen ihnen die Wahrheit! Sagen Sie ihnen, was es bedeutet, und gehen Sie raus und erklären es ihnen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile dem Staatssekretär Roland Weigert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Verehrtes Präsidium, verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ehrt das Haus, dass die Aktuelle Stunde heute zu diesem Thema stattfindet und man sich über die Sicherstellung der Energieversorgung, der Stromversorgung, Gedanken macht. Aber es macht mich nachdenklich, dass in diesem Zusammenhang durchaus der Versuch unternommen wird, die Menschen draußen zu verunsichern

und vielleicht auch ein bisschen Panik zu erzeugen, um am Ende des Tages einen politischen Nutzen daraus ziehen zu können.

Meine Damen und Herren, die oberste Zielsetzung des Energieministers, des Staatsministers Hubert Aiwanger, ist es, eine sichere Stromversorgung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen in diesem Lande sicherzustellen. Dafür ist er angetreten, und das tut er. Daran arbeitet er täglich, daran arbeitet er hart, und dafür reibt er sich auch auf. Das ist zunächst einmal festzustellen.

Die Kollegen Ludwig, König und Kirchner sowie die Redner der Opposition haben vorhin mit Zahlen und mit viel Expertise und Fachwissen argumentiert. Ich muss dem nichts mehr hinzufügen, aber ich bin Herrn Kollegen Kirchner dankbar, dass er das Thema der Hightech Agenda angesprochen hat, meine Damen und Herren. Mit keinem Wort ist diese heute in der Diskussion genannt worden,

(Zuruf)

als ob die Hightech Agenda und die Stromversorgung nichts miteinander zu tun hätten. Sie ist ein gewaltiges Programm, das für Wachstum, für wirtschaftliche Stabilität und, meine Damen und Herren, für Wohlfahrt sorgt. In der gesamten Energiediskussion kommen die Themen Energiewende, Klimaschutz und dergleichen x-mal vor. Dass das Thema Wohlfahrt parallel mitlaufen muss, findet keine Erwähnung. Das eine ist ohne die anderen jedoch keine Kunst, meine Damen und Herren.

Wir arbeiten also an der sicheren Stromversorgung für die Bürgerinnen und Bürger. Herr Kollege König hat die besonderen netztechnischen Betriebsmittel angesprochen. Das Thema Gaskraftwerke muss ich nicht weiter ausführen. Herr Kollege Ludwig hat die Frage des systematischen Investitionsrahmens für weitere Anreize zum Bau der Gaskraftwerke erwähnt, natürlich perspektivisch auch dahingehend, dass die Gaskraftwerke mit Wasserstoff betrieben werden können. Auch daran arbeiten wir, meine Damen und Herren, und agieren entsprechend auf Bundesebene.

Dass die Strombedarfsdeckung, meine Damen und Herren, in einer global vernetzten Wirtschaft mit dem Thema Importe verbunden ist, verwundert auch wenig. Herr Kollege Stümpfig hat den Punkt der fehlenden Windkraftanlagen mit der massiven Importabhängigkeit in Zusammenhang gebracht. Dies sehe ich dezidiert nicht so. Natürlich sind wir künftig stark auf Stromimporte angewiesen. Die Bemerkung des Kollegen König, dass wir die Übertragungsnetzkapazitäten und die entsprechenden Ausbauprojekte, die erforderlich sind, meine Damen und Herren, – mehr wollen wir den Bürgern nicht aufdrücken – möglichst planmäßig realisieren wollen, ist richtig. Dies ist auch unser Ziel.

Heute ist auch die Rede davon gewesen, endlich freie Bahn für die erneuerbaren Energien zu schaffen. Auch dies wurde heute genannt. Ich weiß nicht, wer von den Vorrednern sagte, dass wir 2020 die höchste neuinstallierte Leistung im Bereich der PV-Anlagen hatten. Im ersten Halbjahr 2021 war es ähnlich. Wir haben über 60.000 Anträge für Solardachanlagen. Diese Anträge kommen nur zustande, wenn es ein entsprechendes Förderprogramm gibt. Auch dies und vieles mehr wurde aufgelegt.

Die Windenergie, meine Damen und Herren, erzürnt offensichtlich massiv. Ich sehe mich hier mit Herrn Kollegen Sandro Kirchner auf einer Ebene, und ich habe Herrn Kollegen Duin auch so verstanden: Wenn wir die Landschaft einfach so mit Windenergieanlagen zupflastern, meine Damen und Herren, ohne dies im Konsens mit den Bürgern zu tun, wird es, meine ich, schwierig werden. Deswegen sollten wir zusehen, Akzeptanz bei den Bürgern draußen zu ermöglichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine moderne Gesellschaft ist keine obrigkeitsstaatliche Gesellschaft. Eine moderne Gesellschaft fußt auf der Grundlage von Kommunikation und Miteinander. Hier ist zwar "top-down" dabei, aber auch "bottom-up". Deswegen ist es wichtig, dass wir uns in intensivem Dialog mit den Bürgern und den Kommunen darum bemühen. Herr Staatsmi-

nister Aiwanger konnte auf Bundesebene – dies sei hier auch erwähnt – eine Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen von Windenergiekraftanlagen ermöglichen, meine Damen und Herren. Dies ist zum Beispiel eine Initiative, wie man versucht, die Akzeptanz zu erhöhen, oder auch die "Windkümmerer", die bei den Bezirksregierungen angesiedelt sind. Auch auf Bundesebene wird anerkannt, dass dies ein richtungsweisendes Angebot ist, bei dem man die Gesellschaft mitnimmt.

Meine Damen und Herren, die Wasserstoffwirtschaft wird in Zukunft wohl der zentrale Punkt sein. Windenergie ist ohne Frage ebenfalls ein wichtiger Punkt im Energiemix. Ich will nicht bestreiten, dass wir dort noch mehr liefern können und müssen. Der Ministerpräsident hat dies zu Recht angemahnt. Der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft, meine Damen und Herren, ist aber ein weiterer wichtiger Baustein. Hier sind wir ganz vorne dabei. Die Wasserstoffstrategie des Freistaates Bayern H2.B, meine Damen und Herren, war die erste in Deutschland und die erste in Europa. Wir sind auf nationaler wie europäischer Ebene führend gewesen.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Karl und Herr Kollege König wissen, dass wir im Hinblick auf diese Wasserstoffwirtschaft auch versuchen, hier entsprechend international aktiv zu werden, dass wir versuchen, blauen Wasserstoff zu gewinnen, dass wir jetzt mithilfe von Angebot und Nachfrage, also der Frage nach Henne oder Ei bzw. was zuerst da war versuchen, mit blauem Wasserstoff, der natürlich im Preisniveau günstiger ist als grüner Wasserstoff, einen Markthochlauf zu initiieren, um künftig in grünen Wasserstoff zu münden. Wahrscheinlich wird uns auch der grüne Wasserstoff nicht genügen, meine Damen und Herren. Der rote Wasserstoff wird künftig vielleicht ein Thema sein.

Herr Kollege Hartmann hat von – ich habe es mir aufgeschrieben – der Energiewende gesprochen, die auf Wind und Sonne beruht. Nun, bei der Sonne haben wir den empirischen Beweis, dass das Thema der Kernfusion – –. Ich weiß, dass die GRÜNEN ein inniges Feindschaftsverhältnis zur Kerntechnologie haben. Aber, meine Damen und Herren, Kerntechnologie wird und muss in Zukunft auch ein Thema sein. Es ist nötig,

dass wir uns dort von Zwängen befreien; denn wir müssen nicht nur an das Hier und Heute denken, sondern auch an die nächste Generation. Herr Kollege Hartmann hat die Kinder erwähnt, und dass wir die Frage der Energieversorgung auch 30, 40, 50, 60 Jahre in die Zukunft denken müssen. Der Energieverbrauch wird steigen, meine Damen und Herren! Dies sagen uns alle Fachleute. Deswegen wird dies auch ein Thema sein, dem wir uns öffnen müssen. Bayern soll nach Aussage und Willensbekundung der Staatsregierung ein führender Standort für die Wasserstofftechnologie werden. Dies werden wir angehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zu den Strompreisen: Dies sind die bekannten Forderungen. Auf das Thema EEG-Umlage und Stromsteuer ist nicht weiter einzugehen. Ich habe es eingangs erwähnt, meine Damen und Herren: Im Kontext des Klimaschutzes würde ich mir wünschen, dass das Thema Wohlfahrtssicherung gleichbedeutend läuft. So, wie es die AfD sagt, dass wir auf dem Hier und Heute beharren und das Thema Nachhaltigkeit aus dem Auge verlieren, wird es nicht funktionieren. Es wird aber auch nicht so funktionieren, dass wir nur Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit denken und das Thema Wohlfahrt hintenanstellen. Nur eine leistungsfähige Volkswirtschaft, meine Damen und Herren, ist zu entsprechenden umweltschutzpolitischen Maßnahmen in der Lage. Andere Volkswirtschaften können dies nicht. Deswegen sollte der Gleichklang sein: leistungsfähige Volkswirtschaft und Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich jetzt noch einmal Herrn Kollegen Elmar Hayn begrüßen, der am 2. November sein Mandat angenommen hat. Er ist der Nachfolger von Frau Ganserer. Herzlich willkommen und auf eine gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner Beifall)